

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	37
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	216/2023
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	08.05.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Herr Herweg (JugA)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / th		
Betreff:	Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Stuttgart - Jahresbericht 2022		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 18.04.2023, GRDRs 216/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollempfänger für die Hauptaktei beigelegt.

Die Vorsitzende informiert, die Zahl der Kinder unter drei Jahren sei im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (minus 59 Kinder). Der Rückgang sei jedoch im Vergleich zum Zeitraum zwischen 2020 und 2021 deutlich geringer (minus 641 Kinder). Der statistische Versorgungsgrad sei gestiegen und liege zum Stand 01.03.2022 bei 51,2 %. Um das Versorgungsziel von 59 % im Kleinkindbereich - auf Grundlage der aktuellen Kinderzahlen - zu erreichen, fehlten rechnerisch noch 1370 Plätze. Dem gegenüber stehen insgesamt bereits rund 997 beschlossene Plätze. Es fehlten somit nach Umsetzung aller beschlossenen Plätze noch rund 373 Plätze zur Erreichung des Versorgungsziels, so die Vorsitzende. Die Lage sei nach wie vor schwierig.

Unter Annahme steigender Kinderzahlen (aufgrund der bisherigen Einwohnerprognose) könnte der statistische Versorgungsgrad bis 2025 gerade so gehalten bzw. leicht auf ca. 51,5 % gesteigert werden. Bis zum Versorgungsziel von 59 % müssten bei steigenden Kinderzahlen ca. weitere 1447 Plätze geplant und geschaffen werden. Dafür seien im Rahmen des Haushalts für 2022/2023 bereits Planungsmittel für rund 35 Gruppen beschlossen worden.

Der statistische Versorgungsgrad bei den Drei- bis Sechsjährigen liege mit rund 98,9 % knapp unter der Vollversorgung, erörtert die Vorsitzende. Nach Umsetzung aller beschlossenen Plätze könnte sich der statistische Gesamt-Versorgungsgrad bei gleich-

bleibenden Kinderzahlen auf 106,6 % und bei steigenden Kinderzahlen auf etwa 99,3 % steigern. Diese statistischen Zahlen deckten sich nur bedingt mit der realen Situation. Die Auswertung der Warteliste im Dezember 2022 habe ergeben, dass rund 740 Stuttgarter Kinder im Alter von über 3,75 Jahren noch keinen Kitaplatz haben. Zuletzt sei mit der GRDRs 896/2022 (Zusätzliches Budget bei Erhöhung der Höchstgruppenstärke nach § 1a Absatz 3 KitaVO) auf den hohen Bedarf reagiert worden und 20 Plätze konnten gewonnen werden. Der Freiwilligkeitsfaktor sowie Kitagruppen, die an der Grenze seien die Betreuung sicherzustellen, erkläre den Platzgewinn. Weitere Plätze müssten für die Drei- bis Sechsjährigen geschaffen werden. Zusätzlich dazu gilt es nun auch planerisch zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welchen Bezirken Stuttgarts Angebotsveränderungen von GT-Plätzen hinzu VÖ-Plätzen sinnvoll und in Absprache mit den Eltern umsetzbar seien. Diese Maßnahme setze allerdings mehr Flexibilität vom KVJS voraus. Neben der zukünftig notwendigen weiteren differenzierten Planung von Plätzen müsse in den kommenden Jahren insbesondere die Fachkräftegewinnung oberste Priorität haben, damit vorhandene und geplante Plätze auch real genutzt werden können, ergänzt die Vorsitzende.

Zu den nicht belegbaren Plätzen von rund 1300 führt StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) aus, diese Anzahl sei enorm hoch. Sie interessiert, warum die Plätze neben dem Fachkräftemangel nicht besetzt werden können und welche Maßnahmen, beispielsweise baulich, kurzfristig ergriffen werden könnten. Diese Frage beschäftigt ebenfalls StRin Meergans (SPD). Eine weitere Frage von StRin Nuber-Schöllhammer richtet sich nach dem Rückgang der Kinderzahlen. Zu der Versorgungssituation im Bezirk Degerloch bittet die Stadträtin um weiterführende Erklärungen zu der Situation von zwei Kitas, denen die Räumlichkeiten gekündigt worden sind und wie die Kinder der Kitas untergebracht werden können. Die Aussage, dass aufgrund des Fachkräftemangels in der Kindertagesbetreuung davon auszugehen sei, dass sich die Zahl der Plätze, die nicht belegt werden können, zukünftig weiter erhöhen werde (siehe Seite 9 der Vorlage) sieht StRin Nuber-Schöllhammer sehr kritisch. Die Fachkräfte, die Ideen hätten, die Versorgungssituation zu verbessern, sollten mit allen Akteuren, wie Stadt, Träger, Fachkräfte und Elternvertreter an einen Tisch sitzen, damit neue Ideen entstehen können. Diese Ansicht teilt ebenfalls StRin Meergans. Zu den Drei- bis Sechsjährigen führt StRin Nuber-Schöllhammer aus, diese Kinder müssen eine Kita besuchen, um auf die Schule vorbereitet zu werden. Es könne nicht angehen, dass 740 Kinder, die angemeldet seien, keine Betreuungsmöglichkeit in Stuttgart haben. Die Idee der Verwaltung, Ganztagesplätze in VÖ-Plätze umzuwandeln sieht die Stadträtin als schwierig an. Familien müssten in solch einen Prozess eng einbezogen werden - es dürften wirklich nur Stunden reduziert werden, wenn die Eltern freiwillig darauf verzichteten, so StRin Nuber-Schöllhammer. Die Kinder, die im Ehrenamt in Spielstuben betreut werden, müssten verstärkt in den Fokus genommen und in einer fachlich betreuten Kindergruppe untergebracht werden.

StRin Ripsam (CDU) macht auf den Fehlbedarf an Kleinkindplätzen im Stadtteil Möhringen und in den Bezirken West, Ost und Süd aufmerksam. Die Fachkräftegewinnung sieht die Stadträtin als größte Herausforderung neben der Situation, Einrichtungen aus räumlichen Gesichtspunkten nicht betreiben zu können. Bezogen auf das in der Vorlage auf Seite 19 genannte Fazit bemerkt StRin Ripsam, die rund 1955 Plätze für Kleinkinder, die bis 2025 geschaffen werden müssten, stelle eine enorme Herausforderung dar. Auf ihre Frage, wie viele Kitas aufgrund des Fachkräftemangels nicht betrieben werden können, bemerkt Frau Dr. Heynen (JugA), diese Zahlen könnten für den städtischen Träger erhoben und mitgeteilt werden. Bei Räumen, die aktuell für den Betrieb einer

Kita nicht geeignet seien, so Herr Herweg, finde eine Prüfung dahingehend statt, ob eine Großtagespflege eingerichtet werden könnte.

Bezogen auf den Stadtteil Mühlhausen bemerkt StRin Meergans einen sehr hohen Fehlbedarf in der Kitaversorgung. Sich den Worten von StRin Nuber-Schöllhammer anschließend, bezeichnet StRin Meergans die genannten 740 Kinder, die keine Betreuungsmöglichkeit in Stuttgart haben, als fatal, wenn diese Kinder vor der Schule keine frühkindliche Bildung erhielten. Als guten Ansatz bezeichnet die Stadträtin, auf die Eltern zuzugehen und sie im Dialog zu fragen, welchen Betreuungsbedarf sie haben.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) berichtet über die geplante Demonstration der Eltern-Initiative "Kitastrophe", die er sehr begrüße. Die Situation von Familien brauche dringend mehr öffentliche Aufmerksamkeit hinsichtlich der Notfallpläne in den Kitas. Der Stadtrat regt an, dass sich die Verwaltung mit den Arbeitgebern zusammensetze und überlege, wie Eltern unterstützt werden können. Ebenso könnte OB Dr. Nopper das Thema zur Chefsache machen. Darüber hinaus sei er der Ansicht, das Gehalt von Erzieher*innen sei nach wie vor zu niedrig. Außerdem sollten Kitafachkräfte für die eigenen Kinder keine Kitagebühren bezahlen müssen, so StR Pantisano. BMin Fezer verdeutlicht, dass Erzieher*innen im Vergleich zu anderen Ausbildungsberufen mit 3450 Euro brutto Einstiegsgehalt gut verdienen. Eine Gruppenleiter*in werde nach acht Jahren 4480 Euro plus die Jahressonderzahlung erhalten. Ergänzend bemerkt Frau Dr. Heynen, Erzieher*innen, die aufgrund eines fehlenden Kitaplatzes nicht arbeiten könnten, können sich an die Fachverwaltung wenden. Wenn das Einkommen einer Erzieherin so gering sei, müsste nicht der volle Beitrag für die Kita gezahlt werden.

StR Pantisano interessiert wie viele Erzieher*innen sich bei der Stadt bewerben und wie lange der Auswahlprozess dauere neben der Frage, wie viele Erzieher*innen das Berufsfeld der Erzieher*in aus persönlichen Gründen verließen. Darüber hinaus fragt er, wie Erzieher*innen nach einem Ausstieg wiedergewonnen werden könnten.

StRin Hübsch (PULS) begrüßt ebenfalls die Elterninitiative "Kitastrophe", sodass das Thema in der Öffentlichkeit präsenter werde. Darüber hinaus macht die Stadträtin darauf aufmerksam, dass seit langem die Öffnungszeiten in den Kitas eingeschränkt sind. Insgesamt schließe sie sich den Wortbeiträgen ihrer Vorredner*innen an, so StRin Hübsch.

Für StRin Höh (FDP) steht eine Reduzierung von Betreuungszeiten völlig außer Frage. Hingegen sollte ihrer Ansicht nach der Quereinstieg in die Kinderbetreuung attraktiver gestaltet sowie Alternativen, wie der Einsatz von Hilfskräften, vorgebracht werden, um die Arbeitsbelastung von Erzieher*innen zu reduzieren. Des Weiteren könnten die Quereinsteiger*innen, die Früh- und Spätdienste in den Kitas abdecken.

StR Sailer (FW) sieht die Eltern als die Leidtragenden der Situation. Persönlich betreffen ihn als Vater die geänderten Öffnungszeiten, da er die heutige Sitzung um 15 Uhr verlassen müsse, da der Kindergarten um 15:30 schließe. Der Stadtrat plädiert ebenfalls wie einige seiner Vorredner*innen für Hilfspersonal in den Kitas, die gewisse Aufgaben übernehmen und dadurch die Fachkräfte die Betreuungsaufgaben wahrnehmen könnten.

Frau Dr. Reuter, als Vertreterin des Gesamtelternbeirats der städtischen Kindertageseinrichtungen, Horte und Schülerhäuser in Stuttgart interessiert sich für die Ursachen, warum Kitaplätze nicht belegt werden. Als ursächlich sieht sie Baumängel in städtischen Kitas an, die für die ganze Misere verantwortlich seien. Eine zügige Behebung der Baumängel könne seit Jahren nicht festgestellt werden. Für diese Situation sei das Liegenschaftsamt aufgrund des Fachkräftemangels verantwortlich, meint die Vertreterin. Frau Dr. Reuter bittet die Verwaltung, sich einen Überblick über die Baumängel in den Kitas zu verschaffen und für eine zügige Behebung zu sorgen. Frau Dr. Heynen bemerkt, es gebe eine komplette Übersicht, in welchen von den 188 Einrichtungen Mängel vorhanden seien.

Herr Herweg geht auf den Jahresbericht ein und beschreibt, auf Bezirksebene sollte das Verhältnis von Platz und Kinderzahl dargestellt werden. Die Datengrundlage sei sehr solide und zeige auf, dass 3000 Plätze ausgebaut worden sind. Viele Lösungen werden ausschließlich in den Stadtbezirken gemeinsam mit den Trägern gefunden. Zu den genannten Baumängeln führt Herr Herweg aus, unterschiedliche Gründe, wie Sanierungen, Brandschutz sowie Ausweichquartiere müssten differenziert betrachtet werden. Zum Ende ihres Wortbeitrags stellt Frau Dr. Reuter die Frage, welche Konsequenzen seitens der Fachverwaltung aus dem Jahresbericht gezogen werden.

Herr Schulze-Gronemeyer und Frau Weegmann attestieren der Verwaltung und dem Rat im Vergleich mit anderen deutschen Kommunen, vorbildlich zu sein. In den vergangenen Jahren seien zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen worden, zudem seien Zulagen für die Leitungen geplant und das Deutschland-Ticket kostenlos zur Verfügung gestellt worden, um die Mitarbeiter*innen zusätzlich zu unterstützen, erörtert Herr Schulze-Gronemeyer. Über diese Themen sollte die Öffentlichkeit informiert werden, um das Image des Erzieher*innen-Berufs zu verbessern. Pädagogische Fachkräfte wollten in Einrichtungen arbeiten, weil sie Kinder bilden, erziehen und betreuen wollen, verdeutlicht Herr Schulze-Gronemeyer. Seiner Ansicht nach bedürfe es einer trägerübergreifenden Image-Kampagne. Ein weiteres Thema, das ihn beschäftige, sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf versus Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Die Frage, wer habe welchen Betreuungsbedarf, müsse bei den Eltern abgefragt werden. Wie können die Bedarfe solidarisch für alle Familien angeboten werden, unter anderem für die 740 Vier- bis Sechsjährigen, die derzeit keinen Kitaplatz haben, beschäftigt Herrn Schulze-Gronemeyer.

Herr Pollak weist auf die Einrichtungen hin, die ehrenamtlich geleitet werden. In diesen Einrichtungen müssten Eltern sich regelmäßig einbringen. Wobei es nicht förderlich sei, wenn die Politik oder die Verwaltung diesen Einrichtungen Hindernisse in den Weg legten.

Erzieher*innen, die auf Dauer ihr Berufsfeld verließen, so Frau Weegmann, hätten genug von den Auseinandersetzungen mit Eltern. Um das Image des Erzieher*innen-Berufs zu verbessern, benötige es Verständnis für die Einrichtungen in der Situation, in der sie sich befänden. Diese Ansicht teilt die Vorsitzende und sagt dahingehend Unterstützung zu. Es gehe um das Image der Kitas, dieses müsse verbessert werden, verdeutlicht die Vorsitzende. In Baden-Württemberg gebe es den höchsten Personalschlüssel mit der Folge, um eine Gruppe betreiben zu können, brauche es mehr Personal als anderswo. Bei dieser Vorlage, die sich nicht mit dem Fachkräftemangel auseinandersetze, gehe es um die Unterbreitung der Bestandsaufnahme. Bei allem was für Erzieher*innen getan werde, gehe es um das Image der Stuttgarter Kitas. Eine De-

monstration unter dem Motto "Kitastrophe", dramatisiere das Bild von Kitas und der Arbeit dort, sodass sich womöglich noch weniger Menschen entscheiden würden, Erzieher*in zu werden. Gemeinsam sei man für das Image verantwortlich, betont die Vorsitzende. Innerhalb der Verwaltung, gemeinsam mit den Trägern werde sich überlegt, wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können. Der geltende Rechtsanspruch beziehe sich auf VÖ, nicht auf Ganztage, verdeutlicht die Vorsitzende. Es sei nicht geplant, dass sich die Verwaltung nur auf den Rechtsanspruch mit VÖ beziehe, betont die Vorsitzende. Allerdings gebe es Eltern, die nähmen den Ganztage mit, obwohl sie ihn nicht wirklich benötigten. Auf einer freiwilligen Basis könnte dahingehend eine Bereinigung durchgeführt werden. Allerdings werde für diese Situation die Rückendeckung vom KVJS benötigt. Konkrete Vorschläge seien gegenüber dem Kultusministerium sowie im Städtetag vorgebracht worden, unterrichtet die Vorsitzende.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 216/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / th

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. BVinnen Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 5. *BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu*
 6. GPR (2)
 7. Stadtkämmerei (2)
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand